

Stuttgart 21

Volksabstimmung, Knackpunkt für eine grün – rote Koalition in B – W?

5 Wie ich in meinem Beitrag zur Schlichtung und die Frage der Demokratie mit ple-
bisitären Elementen geschrieben habe, wird bei Volksabstimmungen auch sehr
viel taktiert. In Baden – Württemberg schreibt die Landesverfassung anscheinend
vor, dass ein Ergebnis einer Volksabstimmung nur bindend ist, wenn ein Drittel
10 der stimmberechtigten Wähler die gestellte Frage angenommen oder abgelehnt
haben. Für eine doch sehr lokale Frage, wie der Hauptbahnhof in Stuttgart gestal-
tet werden soll, kann man landesweit nicht mit einer hohen Wahlbeteiligung rech-
nen. Selbst bei einer mehrheitlich ablehnenden Haltung der Bürger gegenüber
diesem Projekt, müssten bei einer Wahlbeteiligung von 50% schon über 66% der
15 aktiven Wähler gegen S 21 votieren, damit das Ergebnis bindend wäre. Bei noch
geringerer Wahlbeteiligung ein entsprechend höherer Prozentsatz. Anscheinend
glaubt niemand, dass eine Wahlbeteiligung erreicht werden kann, die zu einem die
Landesregierung bindenden Ausgang der Volksabstimmung führen könnte. Dann
blieben die geschlossenen Verträge bindend und eine grün dominierte Landesre-
20 gierung müsste diese Verträge erfüllen – also gegen ihre Unterstützer z.B. die
Parkschützer den Baggern den Weg frei kämpfen und die Mittel des Landes in den
Haushalt einstellen. Das Dilemma der Grünen in Hamburg, die das ungeliebte
Kohlekraftwerk Moorburg in der schwarz – grünen Koalition genehmigen mussten,
ist in schlechter Erinnerung. Eigentlich ist der Sache nach die Gestaltung des
Bahnhofs in Stuttgart eine Sache der Stuttgarter. Also müssten sie darüber ab-
25 stimmen können. Das geht aus den verschiedensten rechtlichen Gründen nicht.
Die Stuttgarter sind nach Umfragen und Wahlergebnis wohl mehrheitlich gegen
das Projekt S 21. Diesen Volkswillen will der designierte Ministerpräsident Kret-
schmann von den Grünen eigentlich gerne umsetzen. Die SPD hat sich auf eine
Volksabstimmung im Land versteift, um ihr Gesicht wahren zu können, obwohl si-
30 cher in Stuttgart auch SPD Anhänger gegen S 21 sind. Deswegen könnte eine
neue grün – rote Landesregierung bzw. die dazu befugten Gremien eine Frage
dem Volk zur Abstimmung vorlegen, die es ihr erlaubt, den mehrheitlichen Willen
der Stuttgarter, aus dem Projekt S 21 auszusteigen, zu verwirklichen, und gleich-
zeitig das Versprechen der Volksabstimmung einzulösen.

Die **Fragestellung** bei einer Volksabstimmung könnte etwa so formuliert werden:

35 „**Die Landesregierung Baden-Württembergs möchte den Stuttgartern den
Bahnhof S 21 ersparen
aber den Baden-Württembergern eine Schnellbahnstrecke Sendlingen – Ulm
und verbesserten Nahverkehr ermöglichen.**

40 ***Wenn Sie dafür sind, stimmen Sie mit Ja,
wenn Sie dagegen sind, stimmen Sie mit nein.***“

**Bei fast allen Ergebnissen einer Volksabstimmung mit dieser oder ähnlicher
Fragestellung wäre der Kurs gegen S 21 bestätigt, selbst wenn nicht genügend
Wahlberechtigte zur Wahl gingen, um ein bindendes Ergebnis zu produzieren.**

und die die SPD hätte ihre Volksabstimmung bekommen.

5 Nur wenn 33% oder mehr der Wahlberechtigten mit nein stimmten, wäre die Stimmungslage zugunsten S 21 gekippt und Kretschmann und die Grünen hätte das Problem, umzusetzen, was ihre Wähler nicht wollen. Aber das Problem hatten auch die Grünen in Hamburg mit der Volksabstimmung über die Schulreform und die CSU mit dem Ergebnis der Volksabstimmung über das Rauchverbot in Gaststätten und öffentlichen Gebäuden. Aber es ist ja ganz unwahrscheinlich, dass das Quorum von 33% der Wahlberechtigten für ein Ergebnis gegen eine solche Fragestellung zusammen käme.

10 Zu befürchten ist aber, dass die SPD nicht den erwarteten Volkswillen im Lande und der Stadt Stuttgart erfragen und umsetzen, sondern den Grünen, von denen sie in der Wählergunst überflügelt wurde, eine Niederlage beibringen und die Grünen bei ihren Anhängern unglaubwürdig machen will. Deswegen werden sie sich nicht auf solch eine in dem Sinne gestellte Frage einlassen. Wieder wird im Geschäft der Politiker die Machttaktik dominieren und nicht der Volkswille und die sachlich richtige Lösung spielt bei den Oberen der SPD ohnehin keine Rolle.

20 Um S 21 zu verhindern, sollte man nicht auf den Stresstest für S 21 warten, wie er auf der Schlichtung von der Bahn versprochen wurde. Die Vertreter der Bahn haben sich bei der Schlichtung ja als Politiker und nicht als Sachwalter eines guten Schienenverkehrs gezeigt. Deswegen könnten nur anhaltende Proteste sie möglicherweise dazu bewegen, den Stresstest so ausfallen zu lassen, dass die Bahn sich selber elegant aus dem Vorhaben zurückziehen kann – in Wirklichkeit aber aus dem Grund, den damals Ministerpräsident Albrecht von Niedersachsen in Bezug auf Gorleben offen bekannte: Gegen den Widerstand der Bevölkerung ist das Projekt nicht durchzusetzen.

25